

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18245

"Wohnungsnot wirkungsvoll bekämpfen - politische Verantwortung nicht einseitig auf den Bund abwälzen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18245 vom 26.09.2017
2. Beschluss des Plenums 17/18302 vom 27.09.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 27.09.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Horst Arnold, Florian von Brunn, Ilona Deckwerth, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Ruth Müller, Kathi Petersen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Doris Rauscher, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Margit Wild, Isabell Zacharias, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**

Wohnungsnot wirkungsvoll bekämpfen – politische Verantwortung nicht einseitig auf den Bund abwälzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Angesichts der dramatisch wachsenden Wohnungsnot in Bayern wird die Staatsregierung aufgefordert, endlich eine aktive Rolle in der Wohnungspolitik zu übernehmen und ihre seit der Föderalismusreform deutlich gestiegene Verantwortung nicht länger einseitig auf den Bund abzuwälzen.

Um die wohnungspolitischen Versäumnisse der vergangenen Jahre zu korrigieren, sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Die Staatsregierung verstärkt ihre wohnungspolitischen Anstrengungen auf Landesebene derart, dass der Bau von 100.000 Wohnungen pro Jahr – darunter 20.000 geförderte Wohnungen – ermöglicht wird.
- Sie wirkt daraufhin, dass der Bestand an Sozialwohnungen, der in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken ist, mindestens auf das Niveau der neunziger Jahre angehoben wird, und legt dem Landtag ein entsprechendes Handlungskonzept vor.
- Sie legt dem Landtag umgehend einen Entwurf für einen Nachtragshaushalt 2018 vor, der den Bewilligungsrahmen der Wohnraumförderung um mindestens 160 Mio. Euro gegenüber 2017 erhöht.
- Sie berücksichtigt in ihren Planungen gleichermaßen die Bedarfe und Problemlagen von Ballungsbieten und ländlichen Räumen und stimmt die oben genannten Maßnahmen darauf ab.

- Sie fördert den Mietwohnungsbau darüber hinaus auch durch eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft, um bezahlbare Mietwohnungen in ganz Bayern und insbesondere in Räumen mit erhöhtem Bedarf zu schaffen, wobei eine Abstimmung mit den Wohnungsbaugesellschaften vor Ort erfolgt, die öffentlich geförderten Wohnungsbau betreiben.

Begründung:

Die Bayerische Verfassung garantiert, dass jeder Bewohner Bayerns Anspruch auf eine angemessene Wohnung hat. Sie definiert die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen als „Aufgabe des Staates und der Gemeinden (Art. 106). Die Landespolitik der Staatsregierung wird diesem Verfassungsziel jedoch längst nicht mehr gerecht.

Der deutschlandweite Vergleich der Wohnungsmärkte zeigt, dass kaum ein anderes Bundesland das Problem der Wohnungsnot so schlecht in den Griff bekommt wie der Freistaat Bayern. Unter den bundesweit fünf teuersten Städten liegen – gemessen am Wohnkostenanteil der Kaufkraft je Haushalt – drei in Bayern: München, Regensburg und Würzburg. Es handelt sich jedoch nicht nur um ein Problem der Großstädte. Betrachtet man den Anstieg der Wohnkosten, so liegen deutschlandweit von den 30 Landkreisen und kreisfreien Städten mit der stärksten Erhöhung ganze 26 in Bayern. Erschwerend kommt hinzu, dass Bevölkerungsprognosen langfristig von einem starken Wachstum ausgehen.

Darüber hinaus hat sich innerhalb von nur 15 Jahren der Sozialwohnungsbestand in Bayern nahezu halbiert. Nach Angaben des Verbandes bayerischer Wohnungsunternehmen (VdW Bayern) sank er von 250.000 im Jahr 1999 auf nur noch 130.000 im Jahr 2014 – bei gleichzeitig gestiegener Nachfrage.

Vor diesem Hintergrund wiegt es besonders schwer, dass die Staatsregierung die soziale Wohnraumförderung nicht ausreichend vorantreibt. Die landeseigenen Mittel dafür lagen in den 90er Jahren konstant und meist sehr deutlich über 300 Mio. Euro. 2017 werden gerade einmal 87 Mio. Euro dafür bereitgestellt. Der Wohnungspakt Bayern wird somit zum größten Teil durch die Aufstockungen der Bundesmittel finanziert. Auch die für 2018 derzeit vorgesehene Erhöhung der Fördermittel auf 137 Mio. liegt immer noch deutlich unter dem Niveau der 90er Jahre. Dies ist umso bedenklicher, weil die Länder seit der Föderalismusre-

form 2006 die ausschließliche Verantwortung für die soziale Wohnraumförderung tragen. Zudem wird auch die Bundesförderung voraussichtlich im Jahr 2019 entfallen. Der Bund hatte die Mittel 2017 für den sozialen Wohnungsbau gegenüber 2015 verdreifacht

und die Länder somit mit über 1,5 Mrd. Euro unterstützt – was der Freistaat offensichtlich zum Anlass für eine Halbierung seiner eigenen Landesmittel gegenüber 2016 nahm.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Horst Arnold, Florian von Brunn, Ilona Deckwerth, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Ruth Müller, Kathi Petersen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Doris Rauscher, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Büssinger, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Margit Wild, Isabell Zacharias, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer und Fraktion (SPD)**

Drs. 17/18245

**Wohnungsnot wirkungsvoll bekämpfen –
politische Verantwortung nicht einseitig auf den Bund abwälzen!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Andreas Lotte

Abg. Jürgen Mistol

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Eberhard Rotter

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Benno Zierer

Abg. Erwin Huber

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)

Wohnungsnot wirkungsvoll bekämpfen - politische Verantwortung nicht einseitig auf den Bund abwälzen! (Drs. 17/18245)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leistungsfähigen Wohnraum schaffen - sozialen Zusammenhalt stärken (Drs. 17/18262)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Gesamtpaket "Bezahlbarer Wohnraum" (Drs. 17/18263)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. – Erster Redner ist der Kollege Lotte für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Andreas Lotte (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem heutigen wohnungspolitischen Antrag unternehmen wir erneut den Versuch, die Staatsregierung angesichts der dramatisch wachsenden Wohnungsnot in Bayern dazu zu bewegen, nun endlich eine aktive Rolle in der Wohnungsbaupolitik zu übernehmen und die Versäumnisse der letzten Jahre wiedergutzumachen.

Seit der Föderalismusreform von 2006 ist die Verantwortung für die Förderung sozialen Wohnraums vom Bund auf die Länder übergegangen. Auch die Bayerische Verfassung legt klar und deutlich fest, dass es Aufgabe des Freistaates ist, für bezahlbaren

Wohnraum zu sorgen. Wir sehen aber, dass sich der Freistaat seit den Neunzigerjahren seiner Verantwortung systematisch vollkommen entzieht und die Verantwortung auf den Bund abwälzt.

Die Wohnungsnot in Bayern ist ein hausgemachtes Problem, Herr Herrmann, ein politisches Problem der CSU-Staatsregierung. Das wird nur allzu deutlich, wenn man einmal die Wohnungsmärkte in Bayern genauer anschaut und die Versäumnisse und Pleiten der Staatsregierung in den letzten Jahren im bundesweiten Vergleich betrachtet. Das Problem liegt ausdrücklich nicht nur in den Großstädten. Betrachtet man den Anstieg des Anteils der Wohnkosten pro Haushalt in den letzten Jahren bundesweit, so liegen 26 der 30 Landkreise mit der höchsten Steigungsrate in Bayern, meine sehr verehrten Damen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. So darf es nicht bleiben.

Gestern hat der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum Alarm geschlagen und beklagt, dass es auch für Menschen mit mittlerem Einkommen extrem schwierig ist, sich im Umland von München überhaupt noch eine Wohnung zu leisten. Wohnungen entstehen – so der Planungsverband – ausschließlich im oberen Preissegment. Vorgestern meldete das IVD-Institut, innerhalb eines halben Jahres hätten sich die Mieten im Umland massiv verteuert. In Ebersberg stiegen sie um 13 %, in Freising um 9 %. Das ist – das nur am Rande – drei- bis viermal so viel wie momentan in München.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Meldungen überschlagen sich. Doch die Staatsregierung scheint das alles kalt zu lassen. Ich werfe Ihnen, Herr Herrmann, Versäumnisse in historischem Ausmaß vor. Innerhalb von nur 15 Jahren hat sich der Sozialwohnungsbestand in Bayern halbiert. Die landeseigenen Mittel betrogen in den Neunzigerjahren – damals lag die Hauptverantwortung noch gar nicht beim Land, sondern beim Bund – deutlich mehr als 300 Millionen Euro pro Jahr. Jetzt, 2017, geben Sie gerade einmal 87 Millionen Euro an Landesmitteln aus. Versuchen Sie ja nicht, heute die Zahlen wieder schönzurechnen, indem Sie alles Mögliche wie Labo usw. zusammenzählen, um auf andere Summen zu kommen. Ich kann nur sagen: Egal, wie Sie es drehen und wenden, egal, wie Sie es rechnen, das Ergebnis ist immer, dass

Sie sich zulosten des Bundes abgespazt haben. Sie übernehmen nicht die Verantwortung, Sie kürzen in Bayern die Landesmittel, weil der Bund seine Mittel erhöht hat. So kann es nicht gehen, Herr Herrmann.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen hatten wir früher in Bayern auch noch einen staatlichen Wohnungsbau. Über 33.000 bezahlbare Wohnungen hatte der Freistaat. Aber die GBW wollten Sie verscherbeln, weil sich die Bayerische Landesbank an den Finanzmärkten verzockt hat. Auch heute denken Sie offenkundig noch nicht darüber nach, diese Schande im Freistaat zu tilgen. Bayern hat die Mittel, um die Wohnungsnot zu beseitigen, Herr Herrmann. Wir haben doch das Geld in Bayern. Aber es fehlt der politische Wille, das umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einmal deutlich machen: Wir als SPD wollen für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern, dass pro Jahr 100.000 neue Wohnungen entstehen, davon 20.000 geförderte. Wir wollen eine Anhebung der landeseigenen Mittel um mindestens 160 Millionen Euro. Ich denke, angesichts des Staatshaushalts ist das eine durchaus realistische Forderung. Es gibt Parteien hier im Landtag, die mehr fordern. Es geht nicht um einen Überbietungswettbewerb; das sind realistisch durchgerechnete Zahlen.

(Beifall bei der SPD)

Die Staatsregierung soll dabei die Bedürfnisse der ländlichen Regionen und der Städte gleichermaßen berücksichtigen. Genau das ist unsere Aufgabe; die ländlichen Regionen sind selbstverständlich auch zu berücksichtigen. Ich wiederhole: Wir fordern die erneute Gründung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft. Das ist lediglich die Fortführung der Wohnungspolitik der Neunzigerjahre in Bayern, also keine Neuerfindung. Damals waren Sie doch auch an der Regierung. Machen Sie das, was sich in den Neunzigerjahren bewährt hat!

Wer heute gegen unseren Antrag stimmt, stimmt gegen die Bayerische Verfassung. Er missachtet die Verantwortung des Freistaates nach der Föderalismusreform. Deswegen bitte ich Sie alle inständig um Zustimmung zu diesem Antrag. Dem Antrag der GRÜNEN werden wir selbstverständlich zustimmen. Er geht, was leistbaren Wohnraum betrifft, lieber Jürgen Mistol, absolut in die richtige Richtung. Die FREIEN WÄHLER machen den gleichen Fehler wie die CSU; sie lenken ab auf den Bund. Aber wir müssen doch die Hausaufgaben hier im Land machen. Lassen Sie uns die Möglichkeiten, die wir hier im Landtag haben, ausschöpfen, anstatt wieder zu versuchen, die Verantwortung irgendwie auf den Bund abzuwälzen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächstes hat der Kollege Mistol von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei der SPD-Fraktion dafür bedanken, dass sie das Thema "Wohnen" heute auf die Agenda gesetzt hat. Die Wohnungsfrage betrifft uns alle; denn bei diesem Thema geht es um nichts weniger als um den sozialen Zusammenhalt. Jeder Bewohner Bayerns – so steht es in der Bayerischen Verfassung – hat das Anrecht auf eine angemessene Wohnung. Ich füge hinzu: Auch diejenigen mit schmalem Geldbeutel haben dieses Anrecht.

Unabhängig davon, wer die künftige Bundesregierung stellen wird, sage ich: Ein Aufbruch in Richtung von mehr bezahlbarem Wohnraum kann nur gemeinsam gehen. Wir brauchen deswegen einen Dreiklang aller politischen Ebenen von Bund, Land und Kommunen, um hier erfolgreich zu sein. Ich möchte den Bund dabei nicht aus der Verantwortung entlassen, die Kompensationsmittel für die Wohnraumförderung auch über das Jahr 2019 hinaus fortzuführen. Zuvorderst – das ist richtig – ist seit der Föderalismusreform der Freistaat für die Wohnraumförderung zuständig. Man muss feststellen,

dass der Wohnungspakt Bayern, der vor etwa zwei Jahren verkündet worden ist, nicht greift und finanziell nur ungenügend ausgestattet ist. Das muss man dazusagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, bis 2019 sollen, so ist es angekündigt, bis zu 28.000 neue und staatlich finanzierte, geförderte Mietwohnungen entstehen. Doch von den jährlich geplanten 7.000 neuen Mietwohnungen konnte im letzten Jahr gerade einmal die Hälfte fertiggestellt werden. Gleichzeitig hat der Freistaat die Landesmittel für 2017 von 158 Millionen Euro auf 87 Millionen Euro nahezu halbiert, während der Bund seine Unterstützung verdoppelt hat. Aus unserer Sicht verdient diese Wohnungspolitik das Prädikat "nachhaltig" nicht einmal annähernd.

(Horst Arnold (SPD): Das ist aber sehr vornehm ausgedrückt!)

Wir GRÜNE fordern zudem, dass der Wohnungspakt über die vier zugesagten Jahre hinaus verlängert wird, damit die Unternehmen, die die Wohnungen bauen sollen, auch für die Zeit ab 2019 Planungssicherheit haben. Man muss sich vorstellen: Sie müssen Personal einstellen und Kapazitäten aufbauen. Da muss man wissen, ob es danach noch weitergeht. Die Regierung bzw. Staatsminister Herrmann müsste das Signal aussenden, dass es nach 2019 weitergeht.

Falls wir GRÜNE nach 2019 in der Regierung sind – ich rede nicht vom Bund, sondern von Bayern –,

(Beifall bei den GRÜNEN)

kann ich jetzt schon zusagen, dass wir den Wohnungspakt Bayern auf jeden Fall fortführen werden und finanziell sogar noch ordentlich draufsatteln werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Liebe Leute!)

Der Anstieg von Baufertigstellungen von 1,2 % auf jetzt rund 54.000 Wohnungen in 2016 ist angesichts des jährlichen Bedarfs von circa 70.000 Wohnungen verschwin-

dend gering und liegt deutlich hinter den Erwartungen. Obendrein haben wir in Bayern auch bei der Bautätigkeit ein massives Stadt-Land-Gefälle. Während in den Ballungsräumen Wohnungen fehlen, werden in den ländlichen Regionen weit mehr Wohnungen gebaut, als eigentlich notwendig wäre. In einigen Regionen, etwa in den Landkreisen Hof oder Tirschenreuth, sind die Wohnungen immer weniger wert, sodass es dort Leerstände gibt. Wir brauchen eine Politik, die solche Regionen stärkt. Es würde auch den Wohnungsbedarf in den Ballungsregionen mindern, wenn man an anderer Stelle Perspektiven schafft.

Auch bei der Förderung des ländlichen Raumes hat die CSU keine Erfolge vorzuweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neben der Berücksichtigung unterschiedlicher regionaler Baubedarfe ist auch der Grundsatz "Innen- vor Außenentwicklung" konsequent zu berücksichtigen. Schon um Fläche zu sparen, werden wir deswegen nicht darum herumkommen, gerade in den Ballungsräumen dichter und höher zu bauen, wenn wir mehr Wohnraum schaffen wollen.

Kolleginnen und Kollegen, alles in allem stimmen wir dem Antrag der SPD gern zu. Die Zielrichtung stimmt. Wir bitten gleichzeitig bei allen Fraktionen – nur nicht bei der SPD-Fraktion, die diese schon zugesagt hat – um Unterstützung unseres Antrags. Wir GRÜNE lassen nicht zu, dass Menschen mit geringem Einkommen im Wettbewerb um knappen Wohnraum auf der Strecke bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Glauber von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal und aus meiner Sicht völlig zu Recht diskutieren wir hier über den Sachstand des Wohnungsbaus in Bayern. Richtigerweise wurde von den Vorrednern kritisiert, dass der Freistaat, Herr Staatsminister, seiner Verantwortung nicht im notwendigen Umfang gerecht wird. Seit Jahren wird die Diskussion geführt, inwieweit der Freistaat dieser Aufgabe im Rahmen der Föderalismusreform gerecht wird und sich darum bemüht.

Kollege Lotte, Sie meinten, dass wir FREIE WÄHLER auf den Bund schielten. Nein, wir schielen nicht auf den Bund. Wir nehmen die Verantwortung des Freistaats sehr ernst. Immer wieder haben wir eingefordert, dass es mindestens 600 Millionen Euro sein müssen, um die in Bayern benötigten Wohnungsbauzahlen zu realisieren. Herr Staatsminister, uns müsste zu denken geben, dass wir einen ganzen Blumenstrauß an notwendigen Maßnahmen haben. Das sage ich bewusst; wir haben auch auf Bundesinitiativen verwiesen.

Sie waren bei den Regionalkonferenzen in den Regierungsbezirken und haben den Wohnraumpakt vorgestellt. In diesem Jahr ist die Wohnbautätigkeit um 2 % zurückgegangen. Dieser Wohnraumpakt greift also nicht. Im ersten Halbjahr waren wir bei 35.000 genehmigten Wohnungen. Wir sind also nicht bei den benötigten 100.000 Wohnungen, sondern kommen bei rückläufigen Genehmigungszahlen am Ende auf maximal 70.000. Das Parlament muss also seine Verantwortung ernst nehmen und hierbei aktiv werden, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir 600 Millionen Euro einfordern, ist das so. Dann können Sie sich in der CSU-Fraktion auch nicht wegducken. Wir haben den niedrigsten Haushaltstitel für die soziale Wohnraumförderung, den man sich überhaupt seit der Föderalismusreform vorstellen kann. Sie haben den niedrigsten Ansatz eingestellt. Sie wissen genau: Die Wahlergebnisse spiegeln auch wider, dass Wohnraum immer mehr zu einem Gut für

Reiche und Besserverdienende wird. Damit wird sozialer Sprengstoff generiert. Das Parlament muss in dieser Sache endlich tätig werden. Auch Sie als Staatsminister müssen das Thema aktiver in den Fokus rücken. Das ist die Aufgabe des Freistaats und damit eine originär bayerische Aufgabe.

Natürlich stehen auch noch andere Punkte in unserem Antrag. Wenn die Jamaikakoalition auf Bundesebene kommt, wird man sehen, was aus der Förderung für junge Familien und was aus dem Baukindergeld werden wird. Wir fordern ganz klar, dass junge Familien unterstützt werden, dass man wie früher eine Eigenheimzulage, ein Baukindergeld installiert, um junge Familien beim Eigentumserwerb zu unterstützen. Das ist die beste Altersvorsorge überhaupt.

Kolleginnen und Kollegen, zur steuerlichen Förderung frage ich Sie: Wo ist denn die degressive Abschreibung? Wir wollen neben staatlichen Mitteln auch privates Kapital. Das ist dringend notwendig. Wir können nicht immer nur den Staat verpflichten. Wir sind der Meinung, dass sich Staat und private Investoren ergänzen sollten und dass privates Geld zur Entschärfung der Situation beitragen könnte. Aber dazu ist es notwendig, dass wir endlich nicht nur Sonntagsreden halten, sondern wieder eine degressive Abschreibung beim Wohnungsbau einführen. Sie werden sehen: Das wird deutliche positive Effekte haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Immer wieder wird davon gesprochen, wie wir Bauland bekommen. Das ist der Fall, wenn wir Grundbesitzern die Möglichkeit eröffnen, dass die Einnahmen aus dem Verkauf des Baulands vielleicht nicht sofort steuerlich voll abzugsfähig sind, sondern dort entsprechende Möglichkeiten schaffen. Dabei eröffnet die Fantasie vielfältige Möglichkeiten.

Aus meiner Sicht ist es notwendig, dass wir darüber nachdenken, wie wir steuerlich mit den Grundbesitzern umgehen, damit wir mehr Bauland bekommen. Gerade in den

Metropolen beträgt der Baulandpreis oftmals mehr als das Hundertfache von dem, was in vielen anderen Regionen Bayerns bezahlt werden muss.

Wir brauchen, Kolleginnen und Kollegen – dabei bleiben wir auch immer noch – keine Verschärfung des Mietrechts, weil eine Verschärfung des Mietrechts gerade in den Ballungszentren nichts gebracht hat. Sie erwähnen das Thema schon gar nicht mehr, Herr Kollege Lotte, weil es eben auch ein stumpfes Schwert geworden ist. Alle diese Ideen mit der Verschärfung des Mietrechts haben doch nicht geholfen.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Lotte (SPD))

– Jetzt schütteln Sie wieder den Kopf. Dann schauen Sie sich den Erstbezugspreis an. Der Vermieter weiß genau, dass die Deckelung über die Mietpreisbremse hohe Gewinne nicht mehr erzielen lässt. Also sind die Erstbezugspreise in schwindelerregende Höhen gestiegen.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Lotte (SPD))

Das ist ein Ausfluss der Tatsache, dass wir eine Mietpreisbremse haben. Und wir werden keine privaten Investoren hinzugewinnen, wenn wir letztendlich mit der Mietpreisbremse arbeiten.

Also von daher: Wenn wir seitens des Staates wirklich positiv auf den Markt einwirken und gleichzeitig privates Kapital hinzugewinnen wollen, dann müssen wir Abstand nehmen von solchen Instrumenten, die dem Markt eigentlich nicht helfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der SPD)

Ein Weiteres, Kolleginnen und Kollegen. Wie oft müssen wir hier noch kundtun, dass die Verschärfung der Energieeinsparverordnung schon nicht mehr darstellbar ist? Das ist für mich gängige Praxis im Berufsleben. Ich verstehe nicht mehr, warum wir noch einmal über die Verschärfung nachdenken. Sie schafft keinen Mehrwert an Wohnraum und nur minimale weitere Einsparungen in der Energiegewinnung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen doch ganz andere Wege gehen und zum Beispiel Normenauflagen steigern.

Vom Kollegen Mistol ist völlig zu Recht angesprochen worden, dass wir ins Baurecht gehen müssen. Wir müssen uns in den Ballungszentren darüber Gedanken machen, wie wir in manchen Gebieten höher bauen können. Wir müssen über das Baurecht gehen. Auch müssen wir letztendlich mit Bund und Land versuchen, auf die Kommunen einzuwirken, dass dort das Baurecht soweit geändert wird, dass dichter und höher gebaut werden kann. In den Ballungsräumen führt das zu deutlicher Entspannung.

Also noch einmal: Wir wollen uns nicht nur auf Bundesprogramme stützen. Wir brauchen den Bund, wir brauchen das Land. Nur Hand in Hand mit Bund und Land werden wir eine wirkliche Verbesserung bekommen. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Es ist eine Zusammenstellung dessen, was notwendig wäre, um den Wohnungsmarkt deutlich zu entspannen und Wohnraum nicht zum Luxusgut werden zu lassen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Rotter von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Lotte! Ich kann Ihnen gerne bescheinigen, dass Sie mit diesem Dringlichkeitsantrag einen neuen Rekord im Recyceln alter Anträge aufgestellt haben.

(Margit Wild (SPD): Weil das Thema wichtig ist!)

– Frau Kollegin Wild, das kann man auch nicht mit der Bedeutung des Themas entschuldigen. Wir sind es gewohnt, dass in gewissen Abständen – so alle Jahre wieder – irgendwelche wichtigen Themen wieder kommen.

(Zuruf der Abgeordneten Margit Wild (SPD))

– Jetzt hören Sie mir erst einmal zu; reden Sie nicht dazwischen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

In diesem Fall haben wir beispielsweise den Bau von 100.000 Wohnungen im Jahr in der letzten Sitzung des federführenden Wirtschaftsausschusses vor der heurigen Sommerpause abgelehnt. Der Antrag kommt irgendwann, wenn mitberatende Ausschüsse darüber befunden haben, hier ins Plenum. Sie überholen sich jetzt praktisch selbst damit. Das Gleiche gilt auch für die staatliche Wohnungsbaugesellschaft. Diesen Vorschlag hat der federführende Haushaltsausschuss am 22.06.2017 abgelehnt, und wir haben es morgen im Wirtschaftsausschuss als mitberatender Ausschuss auf der Tagesordnung.

Bei allem, was recht ist und bei aller Bedeutung des Themas: Selbst wenn wir das gleiche Thema jeden Monat hier wieder beraten und dann auch mit demselben Ergebnis darüber abstimmen, erhöhen wir die Kapazitäten der Bauwirtschaft nicht in geringster Weise und tun deswegen auch nichts dafür.

(Beifall bei der CSU)

Sie geben mir jedoch zumindest Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass wir mitnichten Versäumnisse – die Sprache hat etwas zugelegt, muss man sagen – historischen Ausmaßes bei diesem Thema haben. Das gilt für Bayern mit Sicherheit nicht, wenngleich Sie natürlich recht haben, wenn Sie sagen, dass die Mietpreise bei uns bundesweit rekordverdächtig sind und auch die Zahl der Wohnungen, die fehlen, hier größer ist als in anderen Regionen Deutschlands. Aber das liegt daran, dass die Wirtschaft bei uns boomt, dass wir Zuzugsland sind und dass das insbesondere für den ganzen Ballungsraum München gilt, während die Leute aus anderen Regionen wegziehen, weil sie dort keine Arbeitsplätze haben. Deswegen, weil man in Leipzig, in Greifswald oder Eisenhüttenstadt Leerstände und hier in München ein Unterangebot an Wohnungen

hat, von einem ausgeglichenen Wohnungsmarkt zu sprechen, das wäre natürlich verkehrt, und das tun wir auch nicht.

Aber wir haben mit dem Wohnungspakt Bayern 28.000 neue staatlich geförderte Wohnungen im Visier, die bis 2019 entstehen sollen. Wir geben dafür 2,6 Milliarden Euro aus. Der Erfolg kann sich bereits jetzt sehen lassen. 2016 war für die staatliche Wohnraumförderung das erfolgreichste Jahr seit Langem. Wir konnten den Neubau von 3.330 Mietwohnungen und damit um 75,5 % mehr als im Vorjahr fördern, und weitere knapp 800 Wohnungen wurden durch das kommunale Wohnraumförderungsprogramm unterstützt, das Sie immer wieder kritisieren. Aber auch das läuft gut an.

Ich sehe das gerade in kleineren Kommunen, die einen rührigen Bürgermeister haben, der in der Lage ist, so etwas umzusetzen. Kritisiert und gejammt wird in Mittelstädten, die zwar ganz ordentliche Verwaltungen haben, aber mit dem Thema natürlich lange Zeit nicht beschäftigt waren. Die sollten sich an den kleineren Kommunen auf dem Land einmal ein Beispiel nehmen.

Es ist so, dass wir mit 6,26 Millionen Wohnungen ein neues Allzeithoch erreicht haben. Dass der Bedarf immer noch weiter steigt, als die Anzahl der Wohnungen zunimmt, ist leider eine Tatsache. Das muss ich auch einräumen. Es liegt aber auch daran, dass wir gerade in Großstädten mittlerweile deutlich mehr als 50 % Single-Haushalte haben. Von daher ist der Wohnungsbedarf natürlich enorm, und wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um dem entsprechend Rechnung zu tragen. Die Baufreigabe von 74.000 Wohnungen, die wir im Jahr 2016 erreicht haben, ist die höchste Zahl eines Jahres seit 1999.

Wenn diese Zahl jetzt – darauf hat Kollege Glauber hingewiesen – im ersten Halbjahr 2017 in Bayern um 1 % zurückgegangen ist, dann sind wir im Bundesdurchschnitt deswegen noch an der Spitze, weil der Rückgang bei uns am Geringsten ist. Im Übrigen: Nach diesem Hoch im vergangenen Jahr sollten wir nicht darauf schließen, dass es im zweiten Halbjahr nicht nochmals besser werden kann.

Herr Glauber, ich bin Ihrer Meinung und habe es auch immer wieder gesagt, dass der soziale Wohnungsbau allein kein Allheilmittel für den steigenden Bedarf an Wohnraum ist. Der Großteil der benötigten Wohnungen muss von privaten Investoren und von Wohnungsunternehmen gebaut und frei finanziert werden. Damit das Bauen allerdings für diese weiterhin interessant bleibt, müssen wir darauf achten, dass die Baukosten nicht weiter steigen. Vor allem die Erweiterung und Einführung neuer energetischer Standards – das ist nicht neu; das diskutieren wir schon seit zwei oder drei Jahren – haben die Baukosten stark in die Höhe getrieben.

Ich kritisiere das jetzt wieder, was ich schon wiederholt getan habe. Doch die Argumente sind nicht immer neu – das ist klar –, bei Ihnen im Übrigen auch nicht, obwohl Sie den Punkt immer wieder auf die Tagesordnung setzen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Argumente bleiben richtig!)

Es war auf Bundesebene sicher falsch, dass man das Bau- und Umweltministerium zusammengelegt hat, weil hier die Abteilung Bauen immer untergegangen ist. Sie haben deswegen mit Ihren eigenen Argumenten in dieser Abteilung des Ministeriums selbst gesagt, dass wir die EnEV nicht immer weiter verschärfen dürfen, weil wir dadurch das Bauen unwirtschaftlich machen, und dass wir nur mit einem Riesenaufwand eine minimale weitere Einsparung gewinnen können. Dass diese Praxis Unsinn ist, das haben wir stets kritisiert.

Von daher hoffe ich, dass die neue Bundesregierung, wie immer sie sich auch zusammensetzen mag, diese Fehlentwicklung beendet. Ich wäre sehr für ein eigenes Bauministerium, damit wir dem Bauen auch die Bedeutung geben können, die ihm zukommt.

Grundvoraussetzung für die Schaffung von Wohnraum ist natürlich die Bereitstellung ausreichender Bauflächen. Da sind in erster Linie – auch das ist nicht neu – Städte und Gemeinden im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit in der Verantwortung. Die Aktivierung vorhandenen Baulands ist dabei erste Wahl.

Jetzt zu einigen Einzelanforderungen, Herr Kollege Lotte. Den Bau von 100.000 Wohnungen haben Sie in Ihrem Dringlichkeitsantrag vom 05.07.2017, der am 13.07.2017 vom federführenden Wirtschaftsausschuss abgelehnt worden ist, gefordert. Das kommt erst wieder im Herbst ins Plenum. Ihre Forderung, pro Jahr 100.000 Wohnungen zu bauen, geht schon deswegen ins Leere, weil die Baubranche wegen des Bau-booms bereits jetzt voll ausgelastet ist und kaum noch Aufträge annehmen kann. Dies ist unabhängig davon zu sehen, ob die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Da geht schon noch etwas!)

Das erkennen selbst Verbände wie der VdW oder der GdW an. Da helfen auch wiederholte Behandlungen im Plenum nicht weiter. Richtig ist, dass die Zahl der Sozialwohnungen stark gefallen ist. Es sind eben mehr Sozialwohnungen aus der Bindung herausgefallen, als neue hinzugekommen sind. Allerdings stehen diese Wohnungen auch nach dem Auslaufen der Sozialbindungen weiterhin zur Verfügung. Das sind in aller Regel preisgünstige Altbauwohnungen für einkommensschwächere Haushalte. Sie dienen auch als Wohnung einer kommunalen oder kirchlichen Wohnungsbaugesellschaft der jeweils örtlichen Wohnraumversorgung.

Zur Forderung nach einer Erhöhung der Wohnraumförderung sei gesagt: Wir werden im Nachtragshaushalt sicherlich etwas tun müssen. Das habe ich bereits gesagt. Wir legen uns jetzt nicht auf konkrete Zahlen fest. Für mich sollte die Richtschnur eine Größenordnung von etwa 70 Millionen Euro sein. Hier habe ich mich der Rückendeckung durch den Ministerpräsidenten versichert. Unser Bauminister Joachim Herrmann hat bereits bei den Beratungen zum Doppelhaushalt angekündigt, dass wir für den Ausgleich sorgen müssen. Was uns der Bund zusätzlich gegeben hat, soll tatsächlich zusätzlich zur Verfügung stehen. Wir sollten im Nachtragshaushalt in einer Größenordnung von mindestens 70 Millionen Euro handeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wohnraumförderung war in Bayern immer ein wichtiger politischer Schwerpunkt. Bayern hat im Unterschied zu anderen Bundeslä-

dern die Mittel für die Wohnraumförderung auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung auf einem hohen Niveau gehalten. Erfreulich ist natürlich auch, dass der Bund seine Mittel in den letzten Jahren deutlich erhöht hat.

Herr Kollege Lotte, nach Ihren Ausführungen zu urteilen, haben Sie erkannt, dass die Probleme auch im ländlichen Raum liegen können. Das begrüße ich durchaus. Die Bedarfe und Problemlagen müssen auch in den ländlichen Räumen gesehen werden. Aber genau das tut unsere Wohnraumförderung. In den Ballungsräumen wird der Bau von bezahlbaren Mietwohnungen gerade für Familien mit Kindern gefördert. In den eher ländlich geprägten Regionen liegt unser Schwerpunkt auf der Förderung der Wohnungseigentumsbildung. Die Förderung des Wohnungseigentums trägt dazu bei, dass Familien in ihrer Heimat Wohneigentum schaffen und nicht in die Ballungsräume abwandern. Familien, die ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung erwerben, machen in der Regel eine Mietwohnung frei. Auch dies entlastet den angespannten Mietwohnungsmarkt. Daher ist es sehr zu begrüßen, dass nach Jahren der Unsicherheit eine Regelung mit der EU gefunden werden konnte, wie die erfolgreichen Einheimischenmodelle fortgesetzt werden können. Wir können die Kommunen nur ermuntern, in diesem Bereich weiter tätig zu sein. Damit wäre ich mit dem Antrag der SPD fertig. Wir, die CSU, werden diesen Antrag ablehnen. Das haben wir auch kurz vor der Sommerpause im Plenum und auch im Wirtschafts- und im Haushaltsausschuss getan.

Die Forderungen der FREIEN WÄHLER sind natürlich auch nicht neu. Es ist auch nichts Neues, dass wir uns weitgehend einig sind. Es gibt nur marginale Abweichungen. Beispielsweise fordern Sie 2.000 Euro pro Jahr und Kind und wir 1.200 Euro. Das steht so auch im Bayernplan drin. Das ist nichts Neues.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir stimmen einem Antrag, der keine neuen Forderungen enthält, nicht zu. Auch Dinge wie die Energieeinsparverordnung – EnEV –, das Mietrecht oder andere Berei-

che, die den Bund betreffen, brauchen wir hier nicht wiederholt zu besprechen, geschweige denn ihnen erneut zuzustimmen.

(Lachen des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Im Antrag der GRÜNEN gibt es zumindest etwas Neues, nämlich die Forderung, den Wohnungspakt fortzusetzen. Darin bin ich mit Ihnen einer Meinung. Man soll den Wohnungspakt fortsetzen. Ich bin davon überzeugt, dass man das auch tun wird. Der Wohnungspakt wird in zwei Jahren auslaufen, und danach wird es das Thema sicher auch noch geben. Wir können aber jetzt noch nicht beschließen, dass der Wohnungspakt Bayern, der gerade einmal Halbzeit hat, nach 2019 fortgesetzt werden soll. Dazu wird es noch ausreichend Gelegenheit geben. Dann werden wir auch für eine angemessene Ausstattung mit Mitteln sorgen.

Hinsichtlich der Kompensationszahlungen des Bundes sind wir weiterhin der Meinung, dass der Bund weiterhin gefordert ist. Die Wohnraumversorgung ist natürlich auch dadurch schwieriger geworden, dass man die hohe Zahl an Zuwanderern entsprechend hat unterbringen müssen. Dafür ist ein kraftvolles Engagement des Bundes hinsichtlich einer dauerhaften Wohnraumversorgung über 2019 hinaus erforderlich. Das werden wir beim Bund auch einfordern. Herr Kollege Mistol, ich habe es bereits gesagt: Wir werden auch Ihren Antrag ablehnen. Wir können im Landtag die Fortsetzung des Wohnungspaktes noch nicht beschließen.

Abschließend kann ich nur sagen: Der Wohnungsbau ist ein ganz, ganz wichtiges Thema. Auf unserer Agenda steht dieses Thema ganz oben. Wir werden das Thema auch weiter forcieren. Womöglich werden wir den Wohnungsbau auch noch mit zusätzlichen Mitteln ausstatten, und zwar völlig unabhängig davon, ob Sie in der nächsten Plenarsitzung erneut den Antrag hervorholen. – Ich bedanke mich fürs Zuhören und für die Unterstützung.

(Beifall bei der CSU – Andreas Lotte (SPD): Lassen Sie sich überraschen!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat nun Staatsminister Joachim Herrmann das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Lotte, ich habe interessiert wahrgenommen, dass Sie Ihren Redebeitrag mit dem Hinweis auf die enormen Mietpreisseigerungen insbesondere im Ballungsraum München eingeleitet haben. Vor dreieinhalb Jahren haben Sie uns mit den begeisterten Ausführungen über die Notwendigkeit und die erfolgreiche Wirkung von Mietpreisbremsen beglückt. Wir haben uns dieser von Ihnen geforderten Mietpreisbremse auf Bundesebene nicht verweigert. Aktuell wird die von Ihnen durchgesetzte Mietpreisbremse landauf und landab von allen Fachleuten als grandios gescheitert bezeichnet. Inzwischen häufen sich sogar die Entscheidungen von Gerichten, dass das Ganze möglicherweise sogar verfassungswidrig wäre. Es erfolgen Vorlagebeschlüsse und dergleichen. Mit diesem Mittel kommt man nicht so recht voran.

Wir waren seit jeher der Auffassung, dass mehr Wohnungen das A und O sind. Ich bin auch gegen jede Form von Mietwucher und dergleichen. Aber wenn wir insgesamt etwas erreichen wollen, dann brauchen wir mehr Wohnungen. Es gibt insgesamt zu wenige Wohnungen. Es gibt mehr Menschen in unserem Land, die Wohnungen brauchen. Wir werden eine Entspannung der Situation nicht durch die Bewirtschaftung des vorhandenen Wohnraums erreichen, sondern nur indem mehr Wohnungen gebaut werden. Darauf setzen wir seit jeher. Ich möchte nun an das anknüpfen, was der Kollege Rotter zuletzt gesagt hat. Ich denke gerade auch an die ländlichen Räume. Zu den dümmlichen Äußerungen der letzten Monate haben wiederholt auch Veröffentlichungen des Instituts der deutschen Wirtschaft gehört. Dort wurde behauptet, dass in den ländlichen Räumen, sogar bei uns in Bayern, viel zu viel gebaut wird und am Bedarf vorbeigebaut wird. Das ist aus meiner Sicht grober Unfug.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

Die Häuser, die momentan auch in den Landkreisen Bayerns gebaut werden, werden dringend gebraucht. Es ist gut, dass diese Häuser gebaut werden. Der Kollege Rotter hat die Sinnhaftigkeit eben erläutert. Wir wollen den ländlichen Raum stärken. Deshalb ist die oberflächliche Betrachtung eines Instituts aus Köln Unfug. Dieses Institut behauptet anhand theoretischer Betrachtungen, dass die Baumaßnahmen überflüssig wären. Dieses Institut arbeitet zum Teil mit Bevölkerungsprognosen von vorgestern. Heute liegen völlig andere Bevölkerungszahlen vor. Wir haben steigende Geburtenzahlen. Alle Betrachtungen, wonach die momentan gebauten Häuser in der nächsten Generation leer stehen würden, sind grober Unfug.

Wir müssen den Wohnungsbau voranbringen, meine Damen und Herren. Im vergangenen Jahr sind in Bayern zumindest 54.000 Wohnungen fertiggestellt worden. Das ist gegenüber dem Tiefststand aus dem Jahre 2009 eine Steigerung von über 72 %. In Bayern gibt es momentan einen Wohnungsbestand von über 6,3 Millionen Wohnungen. Das ist der höchste Wohnungsbestand, den es im Freistaat jemals gegeben hat. Aber ich mache keinen Hehl daraus, dass es in der Tat immer noch nicht genug Wohnungen sind. Deshalb brauchen wir noch mehr Wohnungen. Im letzten Jahr sind zumindest etwa 75.000 Neubaugenehmigungen oder Freistellungen erfolgt. 75.000! Wie bereits erwähnt, ist das das beste Ergebnis seit 1999. Wir sehen aus den Genehmigungszahlen des laufenden Jahres, dass sich dieser positive Trend fortsetzt.

Es kommt nun darauf an, von diesen Baugenehmigungen auch Gebrauch zu machen. Wir haben in den letzten Jahren beobachten können, dass dies mit zeitlicher Verzögerung umgesetzt wird. Das zeigt, dass unser Wohnungspakt Bayern, den wir vor zwei Jahren beschlossen haben, seine Wirkung tut. Ein Teil der Maßnahmen, um den Wohnungsbau voranzubringen, besteht in der Tat in der staatlichen Wohnraumförderung. Wir wollen 28.000 neue staatliche oder staatlich geförderte Wohnungen voranbringen. Wir mobilisieren dafür bis zum Jahr 2019 rund 2,6 Milliarden Euro. Das ist eine gigantische Summe. Ich halte Ihre Forderung, 20.000 geförderte Wohnungen jährlich zu bauen, für unrealistisch. Sie geht meines Erachtens ins Leere. In diesem Ausmaß ist

das aber auch gar nicht erforderlich. Wir müssen den Wohnungsbau insgesamt vorantreiben.

Bei den Sozialwohnungen wird meines Erachtens immer mit falschen Zahlen argumentiert. Ja, es fallen viele Sozialwohnungen nach den 25 Jahren Bindungsfrist aus der sozialen Bindung heraus. Aber wie ist denn die Realität? Wem gehören diese Wohnungen? – Der Großteil – wir fördern auch Privatunternehmen – der geförderten Sozialwohnungen – das war in den letzten 25 Jahren so und ist auch in diesem Jahr wieder so – sind Wohnungen im Eigentum kommunaler Wohnungsbaugesellschaften und kirchlicher Wohnungsbaugesellschaften.

Damit ist Folgendes klar: Auch wenn diese Wohnungen aus der sozialen Förderung im rechtlichen Sinne herausfallen, kann doch keiner behaupten, dass die Wohnungen der beiden städtischen Münchner Wohnungsbaugesellschaften in dem Moment, wo sie aus der Sozialbindung herausfallen, plötzlich dem Mietwucher anheimfallen. Sie gehören weiterhin zu 100 % der Landeshauptstadt München. München geht natürlich mit seinen eigenen Mietern weiterhin sozial um, und so machen es auch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften in Nürnberg oder Würzburg.

Deshalb ist eine Betrachtung nach dem Motto, es ist schlimm, dass diese Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen unrealistisch, und das gilt auch für die Wohnungen, die dem Evangelischen Siedlungswerk gehören oder der Joseph-Stiftung in Bamberg. Sie fallen nicht unter den Mietwucher, sondern dort wird weiterhin in großer sozialer Verantwortung gehandelt. Hier sollte man keine Gespenster an die Wand malen.

Wir wollen den Wohnungsbau weiter vorantreiben. Dazu brauchen wir in der Tat für den sozialen Wohnungsbau noch mehr Mittel. Wir haben die Mittel in Bayern massiv gesteigert. Aktuell haben wir in diesem Jahr über 600 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Davon kommen knapp 200 Millionen, nämlich genau 198 Millionen Euro, vom Bund und 420 Millionen Euro vom Freistaat Bayern.

Ich bin immer offen, wenn jemand sagt, es müsste noch mehr werden. Wir werden einen Nachtragshaushalt vorlegen, der eine deutliche Erhöhung der Mittel in diesem Bereich vorsehen wird.

Aber ich will Ihnen jetzt schon etwas sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD und der GRÜNEN: Wir werden dieses Thema ja noch häufiger diskutieren. Zeigen Sie mir doch einmal bis zur nächsten Debatte auf, in wie vielen Bundesländern Deutschlands das Land schon jetzt mehr bereitstellt, als es der Bund für diese Länder tut. Dann reden wir gerne weiter über dieses Thema. Wie viele Länder sind das? Wie viele Länder in Deutschland stellen aus eigenen Landesmitteln mehr als doppelt so viel Geld wie der Bund zur Verfügung? Wir wollen darüber gerne reden und sehen dann weiter.

Ich sagte Ihnen vorhin, dass wir im Nachtragshaushalt entsprechende Vorschläge machen. Dann entscheidet der Haushaltgesetzgeber. Wir werden vorschlagen, die Landesmittel noch einmal deutlich zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus ist es wichtig, als Staat für unsere eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das ist sowohl im Ballungsraum München als auch anderswo, beispielsweise in Nürnberg, von erheblicher Bedeutung. Ich denke da nur an unsere jungen Polizeibeamten, die ihren Dienst in A 7 oder A 8 anfangen. Ähnliches gilt für die Kollegen vom Justizvollzug oder auch für junge Beamte in anderen Teilen der Verwaltung. Zum Teil werden diese Menschen angewiesen, zunächst in München Dienst zu tun, und stehen dann vor der Frage, wie sie sich eine Wohnung leisten können. Aus diesem Grunde habe ich mich mit dem Finanzminister darauf verständigt, wieder mehr Staatsdienerwohnungen zu bauen. Dafür ist nämlich letzten Endes das Finanzministerium zuständig.

Ein ganz wichtiges Projekt haben wir jetzt auf dem Gelände der früheren McGraw-Kaserne. Die Kollegen aus München haben sich intensiv dafür eingesetzt, und wir haben

das Ganze gut vorangebracht. Das vorhandene Gebäude der früheren University of Maryland wird jetzt umgebaut. Das geschieht sehr kurzfristig, und das ist gut so.

Ich habe über diese Dinge mehrfach mit dem Oberbürgermeister der Stadt München gesprochen, und wir sind da in gutem Einvernehmen. Wenn wir jetzt aber darüber sprechen, den Ostteil des Geländes mit Staatsdienerwohnungen neu zu bebauen, sagt die Landeshauptstadt München allerdings, ein neuer Bebauungsplan bedeutet fünf Jahre Planungszeit. So die Landeshauptstadt München! Ich möchte darauf hinweisen, dass im Baugesetzbuch nicht steht, dass die Aufstellung eines Bebauungsplans fünf Jahre dauert.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

Es gibt Kommunen in Bayern, die das etwas schneller bewerkstelligen. Wir wollen hier also nicht mit gegenseitigen Schuldzuweisungen arbeiten, aber wir werden uns alle – das gilt für alle Behörden in unserem Land – damit beschäftigen müssen, wie wir eine ganze Reihe von Verfahren beschleunigen können.

Ich bin stets für eine intensive Bürgerbeteiligung, aber man muss auch zu Entscheidungen kommen. Es wird nicht dadurch besser – auch ökologisch nicht –, dass man die Dinge immer jahrelang hin- und herwälzt und noch einmal eine Anhörung macht und nochmal eine. Irgendwann muss man entscheiden. Wenn alles relativ klar ist, muss man nicht noch künstlich suchen, ob irgendwo ein letzter Lurch unter dem Asphalt versteckt ist, sondern man muss sagen: Wir wollen da Wohnungen bauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir bauen ja nicht in einem Naturschutzgebiet, sondern mitten in der Landeshauptstadt München. Da muss man sehen, dass man schneller zu Potte kommt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließlich darauf hinweisen, dass wir nicht nur den sozial geförderten oder den staatlichen Wohnungsbau brauchen. Wir müssen den Wohnungsbau insgesamt in unserem Lande vorantreiben. Deshalb war

das auch ein Thema im zurückliegenden Bundestagswahlkampf, und es wird weiterhin ein Thema sein, egal wer in Berlin mit wem verhandelt. Wir müssen bei den Verhandlungen mit einbringen, dass auch für den privaten Wohnungsbau auf Bundesebene die Rahmenbedingungen wieder verbessert werden. Dazu gehört die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung beim Mietwohnungsbau. Dafür setzen wir uns seit Jahren ein. Es ist leider in der letzten Legislaturperiode nicht gelungen, und deshalb muss es jetzt neu auf die Tagesordnung gebracht werden.

Eine zentrale Forderung lautet, dass wir mehr Bauland brauchen. Deshalb müssen wir die Landwirte dafür gewinnen, zumindest die in den umliegenden Landkreisen, Grundstücke zu verkaufen. Wir brauchen eine Regelung, dass diejenigen, die ihre Grundstücke für den Mietwohnungsbau zur Verfügung stellen, nicht voll besteuert werden, sondern dass sie entsprechend steuerbegünstigt reinvestieren können. Damit haben sie dann in Zukunft zwar keine Einnahmen mehr aus dem Ackerbau, aber aus den Mietwohnungen, die auf ihren früheren landwirtschaftlichen Flächen stehen. Dafür müssen Anreize geschaffen werden. Sonst wären nicht viele Landwirte bereit, ihre Grundstücke zu verkaufen. Auch das müssen wir auf Bundesebene einbringen.

(Beifall bei der CSU)

Nun noch zum Thema Grunderwerbsteuer. Diese wurde vor einigen Jahren auf die Länderzuständigkeit übertragen. Das ist phänomenal. Ich scheue mich da keineswegs vor einem Landesvergleich. Es gibt in ganz Deutschland nur noch zwei Bundesländer, die noch den alten Grunderwerbsteuersatz von 3,5 % haben. Alle anderen Bundesländer seitdem haben diesen Satz angehoben, teilweise bis auf 6,5 %. Das ist fast eine Verdoppelung. Wie man sich in anderen Bundesländern nun hinstellen kann, wo diese Diskussion auch geführt wird, und sagen kann, wir brauchen mehr Wohnungen, wir wollen den Wohnungsbau verstärken, gleichzeitig aber die Besteuerung erhöht, das erschließt sich mir nicht.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben den Steuersatz auf dem niedrigen Niveau gehalten und tragen damit dazu bei, dass die Menschen sich leicht selber Wohnungen zulegen können.

Wir wollen das noch weiter erleichtern. Damit meine ich nicht Leute, die vielleicht zehn Wohnungen innehaben, ich meine diejenigen, die zum ersten Mal in ihrem Leben Wohneigentum erwerben. Das können die eigenen vier Wände irgendwo draußen auf dem Land sein, wo sich jemand ein Grundstück kauft, um sein eigenes kleines Häuschen zu bauen; das kann die Wohnung in der Großstadt sein, wie auch immer. Wir wollen für diejenigen, die zum ersten Mal eine Immobilie zum Wohnen für sich selbst erwerben, hohe Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer, damit wir gerade diese Art des Wohneigentumerwerbs deutlich erleichtern können. Auch dafür wollen wir uns jetzt einsetzen. Diese Maßnahme wollen wir mit einem Baukindergeld ergänzen. Einer Familie, die sich neues Wohneigentum verschafft, soll mit einem Baukindergeld von 1.200 Euro pro Kind und Jahr die Beschaffung von Wohnungseigentum erleichtert werden. Diese Maßnahmen wollen wir vorantreiben; denn allein mit der Förderung des Sozialwohnungsbaus werden wir den Wohnungsbedarf der nächsten Jahre nicht decken können.

Eine letzte Bemerkung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unzweifelhaft ist mehr Bau-land nötig, wenn wir in unserem Land mehr Wohnungen bauen wollen. In manchen Teilen von Großstädten kann ein bisschen nachverdichtet werden. Wer jedoch den Menschen vorgaukeln will, dass wir allein mit Nachverdichtung auf vorhandenem Bau-land den gesamten Wohnungsbedarf decken können, ist meines Erachtens auf dem falschen Pfad.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb muss ich den Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN Folgendes sagen: Wenn Sie in dieser Situation ein Volksbegehren zur Reduzierung des Flächenverbrauchs einleiten und damit die weitere Ausweisung von Bauland erschweren und be-

hindern, statt sie zu erleichtern, wird dadurch der Wohnungsbau nicht vorangebracht werden.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen ganz klar und deutlich: Für die Baulandausweisung ist allein die Gemeinde zuständig. Ich werde immer wieder danach gefragt, aber ich kann die Baulandausweisung nicht anweisen, ich kann niemanden dazu verpflichten. Die Ausweisung von Bauland liegt allein in der kommunalen Selbstverwaltungshoheit. Allein die Gemeinde entscheidet darüber, ob sie ein neues Baugebiet ausweisen will oder nicht. Wir müssen es aber jeder Gemeinde in Bayern erleichtern, dass sie ein neues Baugebiet für Wohnungen ausweist. Wir dürfen es den Gemeinden nicht erschweren und sie dabei auch nicht behindern. Das muss ein klares Signal sein. Wir wollen unsere Kommunen in Bayern ermuntern. Wir brauchen dringend mehr Bauland, nur dann werden wir in den nächsten Jahren in unserem Land neue Wohnungen bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben drei Wortmeldungen zu Zwischenbemerkungen: vom Kollegen Lotte, vom Kollegen Mistol und vom Kollegen Zierer. – Herr Kollege Lotte, Sie haben das Wort.

Andreas Lotte (SPD): Herr Herrmann, ich muss hier schon einhaken. Sie haben alternative Fakten präsentiert. Im Zusammenhang mit der Mietpreisbremse haben Sie davon gesprochen, dass man sieht, wie gut oder wie schlecht sie in München funktioniert. Ich möchte Sie schon daran erinnern – Sie können es auch noch klarstellen –, dass im Rahmen der Koalitionsverhandlungen eine Mietpreisbremse vereinbart worden ist und dass Sie zusammen mit der CDU eine klare Regelung für die Mietpreisbremse, die auch funktionieren würde, verhindert haben. Sie haben sich bis zum Schluss immer wieder einer Mietpreisbremse verweigert. Justizminister Heiko Maas hat verschiedene Entwürfe vorgelegt, alle haben Sie nicht mitgetragen. Das Gleiche

gilt für die Mietrechtsreform. Jetzt aber mit Verve zu sagen, wir haben es euch gleich gesagt, dass die Mietpreisbremse nicht funktioniert, ist bodenlos.

(Beifall bei der SPD)

Sie machen das aber nicht nur auf Bundesebene, Herr Herrmann, Sie spielen das gleiche Spiel auch auf Landesebene. Sie schieben die Verantwortung auf die Kirchen und auf die Kommunen ab, die so gut sind, dass sie weiterhin bezahlbare Mieten gewährleisten können. Das stimmt auch. Darin will ich Ihnen gar nicht widersprechen. Gleichzeitig unterschlagen Sie aber, dass Sie die 33.000 Wohnungen der GBW, von denen ein Großteil sozial gebunden war, veräußert haben. Fragen Sie einmal die Mietern und Mieter der PATRIZIA, ob diese ehemaligen GBW-Wohnungen noch bezahlbar sind und wie sich dort die Mietpreise entwickelt haben. Dann können wir darüber sprechen, ob eine vernünftig funktionierende Mietpreisbremse doch sinnvoll wäre.

Das Gleiche gilt für die Landesmittel. Ich habe mir angewöhnt, im Dialog mit Ihnen nur mehr mit Zahlen zu arbeiten, die von Ihrem Ministerium kommen. Ich habe bei Ihrem Ministerium folgende Zahlen gelesen – vielleicht sind sie nicht aktuell, aber das könnten Sie dann auch noch klarstellen: Nach den Aussagen Ihres Ministeriums waren an Landesmitteln für die Wohnungsbauförderung 2016 159 Millionen vorgesehen, 2017 sind es 87 Millionen und 2018 137 Millionen. Da steht dabei, dass vom Bund 2016 120 Millionen, 2017 200 Millionen und 2018 noch einmal 200 Millionen kommen. Nach den Zahlen, die in Ihrem Ministerium bekannt sind, habe ich kein einziges Jahr nach dem Zweiten Weltkrieg vorgefunden, in dem die Förderung niedriger war. Stellen Sie das doch bitte klar.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Lotte. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Ich kann Ihnen gerne die Zahlen auf dem aktuellen Stand liefern. Ich bitte Sie nur herzlich darum, dass Sie das, was wir aus den Mitteln der Labo zur Verfügung stellen, mit einbeziehen.

(Andreas Lotte (SPD): Das habe ich auch, aber dann sind die Werte immer noch niedriger!)

Ich werde Ihnen die Zahlen gerne noch einmal zur Verfügung stellen. Dann werden Sie sehen, dass wir beachtliche Mittel in der von mir dargestellten Form zur Verfügung stellen. Ich sage Ihnen, dass wir diese Mittel, wenn es nach meinem Vorschlag geht, im Nachtragshaushalt nächstes Jahr noch einmal deutlich erhöhen werden.

Wie oft Sie das Thema GBW hier schon vorgetragen haben, weiß ich nicht. Es wird dadurch, dass Sie es zum 95. Mal wiederholen, nicht besser.

(Markus Rinderspacher (SPD): Es ist aber immer wieder richtig!)

Ich nehme es zur Kenntnis und nehme auch die Anliegen der GBW-Mieter ernst. Ich bin in Erlangen zu Hause, und dort gibt es eine ganze Menge dieser Wohnungen. Ich bin dort mit den Mietern und dem Mieterbeirat in gutem Kontakt.

Trotzdem sollten Sie nicht übersehen, dass der Anteil der Wohnungen, von denen Sie gerade gesprochen haben, an den Wohnungen, die es in ganz Bayern gibt, gerade einmal 0,5 % beträgt. Ich nehme jeden betroffenen Mieter nicht nur in meinem Stimmkreis, sondern in ganz Bayern ernst. Die Einzelschicksale nehme ich sehr ernst, aber die Gesamtentwicklung im Wohnungsbau und die Mietpreisentwicklung werden von diesen 0,5 % mit Sicherheit nicht entscheidend beeinflusst.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Als Nächster hat der Kollege Mistol das Wort. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Staatsminister, Ihre Rede, die Sie gerade geliefert haben, war geradezu eine Bewerbungsrede als Bundesbauminister in einem neuen eigenständigen Ministerium. Herr Rotter hat das schon erkannt.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Damit hat der Kollege Rotter übrigens sehr Recht. Die Zusammenlegung des Bundesbauministeriums mit dem Bundesumweltministerium hat dem Wohnungsbau nicht gutgetan.

(Georg Rosenthal (SPD): Also doch eine Bewerbungsrede!)

Da müssen Sie dem Kollegen Rotter recht geben.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Mistol, Sie haben das Wort.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Dialoge sind immer ganz nett, aber ich möchte jetzt doch meine Zwischenbemerkung machen. Sie haben erstens gesagt, das Volksbegehren gegen einen Flächenverbrauch würde die Bautätigkeit zum Erliegen bringen. Das ist natürlich grober Unfug, um Sie mit Ihrem eigenen Ausdruck zu zitieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Flächenverbrauch ist in den Ballungsräumen kein großes Thema. Die Verantwortlichen in den Ballungsräumen wissen schon seit Längerem, wie sie mit ihren knappen Flächen umgehen. Dort wird mit den Flächen mittlerweile auch sehr sparsam umgegangen. In den Ballungsräumen haben wir das Problem des Flächenverbrauchs nicht. Der Flächenverbrauch ist ein Thema der peripheren Regionen. Dort wird die meiste Fläche verbraucht. Schauen Sie sich die Zahlen genau an. In diesen Regionen haben wir den größten Handlungsbedarf. Das ist vielleicht auch ein Grund dafür, dass sich der Städtetag zu diesem Thema bisher noch nicht geäußert hat. Der Flächenverbrauch ist dort, wo Wohnungen entstehen müssen, nicht das Problem. Das bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen.

Zweitens haben Sie gesagt, dass das, was das Institut der deutschen Wirtschaft Köln zur Bautätigkeit in den ländlichen Regionen gesagt hat, grober Unfug wäre. Ich nehme solche Studien nicht einfach für bare Münze, sondern gehe mit den darin genannten Kriterien sehr kritisch um. Ich frage Sie aber, ob wir schon heute Regionen in Bayern haben, in denen es Leerstände nicht unerheblichen Ausmaßes gibt. Als Beispiele nenne ich nur den Landkreis Tirschenreuth, den Landkreis Hof oder die Stadt Waldsassen. Wenn Sie dort in den 1970er-Jahren ein Eigenheim gebaut haben, können Sie es heute nicht mehr verkaufen, weil Sie keinen Käufer dafür finden. Das ist schon ein Problem. Da frage ich mich, ob es die richtige Strategie ist, in diesen Regionen auf den Neubau von Eigenheimen zu setzen. Das geht mir nicht so ganz ein.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, darf ich Sie an die Zeit erinnern?

Jürgen Mistol (GRÜNE): Gerade in diesen Regionen veröden die Ortskerne, und deshalb können wir es auch nicht wollen, dass dort außen herum gebaut wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Lieber Herr Kollege Mistol, ich greife diese Themen gerne auf und fange beim zuletzt angesprochenen an. Das ist das Beispiel des Landkreises Tirschenreuth. Hier haben Sie gerade einen der wenigen Landkreise angesprochen, in dem die Bevölkerungszahl in der Tat rückläufig ist. Das ist nur bei ganz wenigen Landkreisen in Bayern so. Nun haben wir gerade für den Landkreis Tirschenreuth und für die angrenzenden Landkreise Wunsiedel, Hof und Kronach ein super Sonderförderungsprogramm aufgelegt. Damit wollen wir die vorhandenen Ortskerne revitalisieren und Leerstände wiederbeleben. Mit diesen speziellen Fördermitteln kann auch leerstehender Wohnraum modernisiert werden und neues Leben in die Sache kommen. Hier unterstützen wir also gerade nicht Flächenausufe-

rung, sondern die Revitalisierung der Ortskerne. Das findet bei den Gemeinden riesigen Zuspruch. Die Förderquote liegt hier bei 90 %, sodass die Kommunen genau in diesem Bereich unterstützt werden können.

Lieber Herr Mistol, mit Verlaub, Sie wissen doch auch, dass die Situation in Kronach, Wunsiedel, Tirschenreuth nicht gerade typisch für ganz Bayern ist. Für die allermeisten Landkreise in Bayern ist das genaue Gegenteil typisch. Wenn nun das Institut der deutschen Wirtschaft nur von solchen Landkreisen gesprochen hätte, hätte ich damit kein Problem. Das Institut behauptet in seiner Studie aber für drei Viertel aller bayrischen Landkreise, es sei falsch, dass hier im Moment gebaut werde. Das ist doch totaler Unfug. Gehen wir einmal von der Region, in der ich zu Hause bin, aus: Selbst vom Landkreis Erlangen-Höchstadt wird behauptet, es würde viel zu viel in der Fläche gebaut. Das ist aber ein Landkreis, der eine Arbeitslosenquote von etwa 1 % hat, in dem beinahe Vollbeschäftigung herrscht. Hier gibt es auch ständig Zuzug. Und jetzt kommt so ein Institut daher und behauptet, in diesem Landkreis seien zu viele neue Häuser gebaut worden. Entschuldigung, das geht doch wirklich völlig an der Realität in unserem Land vorbei. Ich maße mir nicht an, die Situation in Brandenburg oder in Niedersachsen beurteilen zu können. Ich behaupte aber, dass die Äußerungen des Instituts der deutschen Wirtschaft für den Freistaat Bayern einfach Unfug sind.

Ich spreche das nur deshalb an, weil es schädlich ist. Hier gibt es allerlei Auswirkungen, etwa auf die Bedingungen der Kreditvergabe von Raiffeisenbanken und Sparkassen. Letztere müssen sich dann bei ihren Aufsichtsbehörden entsprechend rechtfertigen. Möglicherweise liest die Aufsichtsbehörde nämlich eine solche Studie, die von baldigen Leerständen spricht, und kommt dann zu der Einschätzung, Kreditvergaben seien hier gefährlich. Herr Kollege Nussel, im Landkreis Erlangen-Höchstadt steht in den nächsten Jahren und auch in zwanzig Jahren überhaupt nichts leer. Nur deshalb spreche ich das an, weil wir uns mit so etwas kritisch auseinandersetzen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinholt Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Jetzt haben wir noch eine Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Zierer. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister, ich möchte auf einen Teil Ihrer Ausführungen eingehen, und zwar auf die Problematik, die die Gemeinden und die Städte bei Bebauungsplänen haben. Hier wird gesagt, die einen handhaben das schneller, die anderen langsamer. Das Grundübel der letzten Jahre – nein, denken wir ruhig weiter zurück –, der letzten zehn oder zwanzig Jahre ist dieser Wust an Auflagen, Vorschriften und Hemmnissen, die das Bauen derart verteuern, teilweise unnötig verteuern. Als Bayerischer Innenminister könnten Sie hier einschreiten und Ihre Behörde anweisen durchzulichten. Dadurch könnte das ganze Verfahren beschleunigt werden. Wer heute bauen will und einen Bauantrag stellt, und wer dann sieht, was auf ihn zukommt, für so jemanden ist nicht immer nur der Grundstückspreis ausschlaggebend, sondern das, was an Regularien dazugekommen ist. Ständig wird davon geredet, die Sachen durchzumisten und die Verfahren zu vereinfachen. Tatsächlich wird es aber immer mehr. Hier könnten Sie Zeichen setzen und die Kommunen, die Gemeinderäte und Stadträte unterstützen, gewisse Dinge zu verschlanken und zu vereinfachen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann ginge vieles schneller und wäre günstiger. Damit könnten Sie Zeichen setzen. Hier könnten Sie ausmisten und als Entbürokratisierer bei den Kommunen in die Geschichte eingehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinholt Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat der Herr Staatsminister das Wort zur Antwort.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Unser Außenminister!)

Bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Kollege, in der Zielrichtung stimme ich hundertprozentig mit Ihnen überein. Überall, wo ich hinkomme, ermuntere ich die Behörden ausdrücklich, die Verfahren wesentlich einfacher und schneller zu machen. Ein vorbildliches Beispiel hierfür ist das neue Zentrallager von BMW in Niederbayern. Dort ist es gelungen, innerhalb eines Jahres den Flächennutzungsplan und den Bebauungsplan aufzustellen, teilweise abzuändern und die Baugenehmigung zu erteilen. Das geht alles, und wohlgemerkt, das ist alles in voller Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen gelungen. Natürlich gab es hier vor Ort eine hohe Prioritätensetzung. Ich finde das gut; denn hier ging es um wichtige Arbeitsplätze der Zukunft bei einem für unser Land insgesamt sehr bedeutsamen Unternehmen.

Ich bin aber der festen Überzeugung: Wenn man für dieses neue Zentrallager alle Änderungen des Flächennutzungsplans, die Genehmigung des Bebauungsplans, die Zufahrtsregelungen und auch die Baugenehmigung innerhalb eines Jahres hinkriegt, dann kann man das, wenn man will, auch für ein neues Wohnaugebiet für 100 oder 200 neue Wohnungen hinkriegen. Ich kann Ihnen nur sagen und stimme Ihnen voll zu: Ich ermuntere jede Behörde, sich selbst aufzuraffen, das alles etwas schneller hinzukriegen. Ich kann dazu niemanden zwingen, aber ich stimme Ihnen völlig zu. Ich ermuntere jeden und will gerne meinen Beitrag dazu leisten, allen dabei zu helfen, dies wesentlich schneller über die Bühne zu kriegen. Hinzu kommen jetzt noch ein paar Entbürokratisierungen, die wir auch auf Bundesebene durchsetzen müssen. Hier muss man beispielsweise bei der Schaffung von Ausgleichsflächen zu deutlichen Vereinfachungen kommen. An allen diesen Themen wollen wir gezielt weiterarbeiten.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Herr Kollege Zierer, eine zweite Nachfrage gibt es nicht. – Gut, danke schön. Jetzt hat sich noch der Kollege Huber zu Wort gemeldet.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der Erwin will bauen!)

Bitte schön.

Erwin Huber (CSU): Ich möchte allgemein empfehlen, Fälle aus Niederbayern zur Benchmark in Deutschland zu machen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN: O je, o je!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Für die allermeisten Themen und Bereiche kann ich dem nur voll zustimmen, Herr Kollege Huber. Vielen herzlichen Dank.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/18245, das ist der Antrag der SPD-Fraktion, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das sind die FREIEN WÄHLER und der Abgeordnete Felbinger (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Damit komme ich zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/18262. Das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordnete Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Sehe ich nicht. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Schließlich kommen wir zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/18263. Das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREI-

EN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Wie hat der Abgeordnete Felbinger (fraktionslos) abgestimmt? –

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Felbinger ist verschwunden! – Zuruf)

– Wie die FREIEN WÄHLER. Gut. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Damit ist die Debatte der Dringlichkeitsanträge zu diesem Thema abgeschlossen.